

## BILANZ

JOSEF URSCHITZ



## Sind Börsianer durchgeknallt?

Die Lage sieht derzeit so aus: Die Immofinanz, eine börsennotierte Immobiliengesellschaft mit Milliarden-Immobilienvermögen, könnte man an der Börse um den Gegenwert von drei Jahresdividenden kaufen. Das ist selbst dann ziemlich krass, wenn die Gesellschaft hörbar kracht, weil sie zumindest in den vergangenen beiden Jahren nicht eben glanzvoll gemanagt wurde.

Aber auch die „Perlen“ der Wiener Börse sind derzeit zum Schnäppchenpreis zu haben. Wer vor ein paar Monaten gesagt hätte, dass man eine OMV-Aktie um etwas mehr als 20 und einen Voestalpine-Anteil um weniger als 20 Euro bekommen wird, dem hätte man zweifellos einen guten Therapeuten empfohlen.

Das Faszinierende ist aber nicht, dass die Aktien so tief notieren, sondern dass sie selbst zu diesem Preis niemand haben will: Die Kurse fallen weltweit in atemberaubendem Tempo. Und ein Boden ist nicht abzusehen. Selbst wer zu diesen Preisen einkauft, muss damit rechnen, dass er noch ziemlich tief in den Keller fährt.

Sind die Börsianer alle verrückt geworden? Die Antwort: Nein. Aber sie sind von der

*Die Weltbörsen übertreiben jetzt nach unten, so wie früher nach oben.*

Wucht des Abschwungs ebenso überrascht worden wie wir alle. Und jetzt werden sie eine Zeitlang noch nach unten ebenso übertreiben, wie sie das in den vergangenen Jahren nach oben getan haben.

Seit 2005 hatte sich an den Weltbörsen nämlich ganz eindeutig eine (vom billigen Geld aufgeblähte) Blase gebildet. Ganz besonders in Wien, wie man am Langzeit-Chart mit freiem Auge sehr leicht erkennen kann. Fundamental wäre vielleicht ein Anstieg auf 3000 Indexpunkte gerechtfertigt gewesen. Und nicht auf fast 5000.

Getrieben wurde das alles hierzulande von der sogenannten „Ostfantasie“, die sich tatsächlich als Fantasie entpuppt. Die Krise trifft zumindest Teile Osteuropas besonders hart, und das wird Wien noch länger bremsen.

Diese „Normalisierung“ der Börsenkurse wäre noch keine Katastrophe gewesen. Die wird jetzt freilich durch das ausgelöst, was die Finanzwelt als „Liquiditätsgap“ umschreibt: Die großen und kursbestimmenden Akteure an den Börsen, das sind vor allem Banken, Fonds und Pensionskassen, brauchen derzeit Cash wie den sprichwörtlichen Bissen Brot. Teils zum nackten Überleben. Sie müssen deshalb Papiere aus ihren Portfolios buchstäblich um jeden Preis auf den Markt werfen (zumal ja die Anleihemärkte auch zusammengebrochen sind).

Diese Schwemme an Papieren ist der eigentliche Grund für den krassen Kursverfall. Eine Übertreibung, die, wenn die Krise bewältigt werden kann, durch großen Aufholbedarf exzellente Gewinnchancen bieten wird. Für die, die sich dann noch trauen.

✉ josef.urschitz@diepresse.com



Es ist Zeit, wieder überzeugter Europäer zu sein: Bundeskanzler Gusenbauer, flankiert von Notenbankchef Ewald Nowotny und Vizekanzler Wilhelm Molterer. [APA/Techt]

# „Ohne die europäische Währung wären wir jetzt verloren“

**SCHWENK.** Gusenbauer drängt EU-Länder zu rascher Ratifizierung des Lissabon-Vertrags.

VON JOSEF URSCHITZ

**WIEN.** Der Wahlkampf ist vorbei – und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) wieder überzeugter Europäer: Vor kurzem noch hatte der Kanzler durch seinen gemeinsam mit SPÖ-Chef Werner Faymann verfassten „Volksabstimmungs-Leserbrief“ an die „Kronen Zeitung“ dem Koalitionspartner den Vorwand für vorzeitige Neuwahlen geliefert („Bruch der Europa-Linie“). Doch jetzt, in der Krise, klingt es wieder anders.

„Ich will mir gar nicht vorstellen, was jetzt passiert wäre, wenn wir nicht in der Währungsunion wären“, sagte Gusenbauer am Mittwoch nach dem Ministerrat in Wien. Und: „Ohne Euro könnten

wir diese Situation nicht bewältigen.“ Die Konsequenz daraus: „Die EU-Länder, die den Lissabon-Vertrag noch nicht ratifiziert haben, sollten das jetzt möglichst rasch tun.“

Gusenbauer erinnerte an die – vergleichsweise milde – Finanzkrise in den Neunzigerjahren, in der der Schilling mehrmals Ziel wüster internationaler Spekulationsattacken geworden war. Der Schilling hatte damals zwar standgehalten, aber andere europäische Einzelwährungen waren unter dem Druck eingeknickt. Der US-Investor George Soros hatte einmal beispielsweise im Alleingang die Bank of England in die Knie gezwungen und mit einer Spekulation auf das britische Pfund eine Milliarde Dol-

lar verdient. Solche Erfolge sind gegen große Währungen wie Dollar oder Euro in der Form jedenfalls nicht so einfach möglich.

Dass der Schutzschirm der Europäischen Währungsunion (und der EU) tatsächlich wirkt, sieht man derzeit vor allem an Nichtmitgliedern: Island droht wegen der Krise der Staatsbankrott.

Die EU-Finanzminister (darunter Vizekanzler Wilhelm Molterer) haben sich dagegen vorgestern (wie berichtet) darauf geeinigt, sich gegenseitig zu stützen. Man ist übereingekommen, sogenannte Systembanken (große Institute, deren Insolvenz einen Dominoeffekt auslösen würde) keinesfalls den Bach hinuntergehen zu lassen. Und die Europäische Investi-

tionsbank wird den Klein- und Mittelbetrieben der EU 30 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten zur Verfügung stellen, um ihnen durch die Krise zu helfen.

Allerdings ist noch nicht alles eitel Wonne: Gusenbauer und Molterer würden sich ebenso wie Notenbank-Gouverneur Ewald Nowotny mehr Abstimmung und eine einheitlichere europäische Linie bei der Krisenbekämpfung wünschen. Unangenehm aufgefallen ist dabei zuletzt die britische Regierung: Die gestern beschlossene Bankenrettungsaktion mittels Teilverstaatlichung sei nicht akkordiert gewesen. Es müsse jedenfalls verhindert werden, dass die Rettungsaktionen für die Finanzmärkte in eine „ungeordnete Eskalation von Hilfsmaßnahmen“ hineinlaufen, meinte etwa Notenbank-Chef Ewald Nowotny.

### Neues Europa-Selbstvertrauen

Molterer erachtet es jedenfalls als Erfolg, dass es ihm mit seinen Finanzministerkollegen auf EU-Ebene gelungen ist, für die künftige Vorgangsweise eine einheitliche Linie zu finden. Etwa durch die geplante Schaffung einer europäischen Ratingagentur.

Das stärkt offenbar das europäische Selbstvertrauen. Molterer: „Künftig darf es jedenfalls nicht mehr passieren, dass uns die Amerikaner zu Basel II (strenge Eigenkapitalvorschriften für Banken, Anm.) drängen – es aber selbst nicht umsetzen.“

## Britische Banken: Staat vor Einstieg

*Der Staat dürfte vorübergehend Anteile an acht Banken übernehmen.*

**LONDON** (ag/red.). Großbritannien folgt dem Beispiel der USA und schnürt ein milliardenschweres Hilfspaket für angeschlagene Banken. Die britische Regierung stellt den größten Instituten des Landes 50 Milliarden Pfund (65 Milliarden Euro) an frischem Kapital zur Verfügung. Darüber hinaus werden im Notfall bis zu 200 Milliarden Pfund in die Märkte gepumpt, um die Finanzwirtschaft mit ausreichender Liquidität zu versorgen.

Für die erwähnten 50 Milliarden Pfund wird der Staat vorübergehend Anteile an sieben britischen Großbanken und einer Bausparkasse übernehmen. Damit werden unter anderem die renommierten Institute Abbey, Barclays, HBOS, HSBC, Lloyds TSB und Royal Bank of Scotland teilweise verstaatlicht. Dabei handelt es sich – wie auch in den Vereinigten Staaten – nicht um Geldgeschenke. „Das Geld wird an das gesamte System verliehen, und wir werden es nach drei Jahren zurückbekommen“, meinte Finanzminister Alistair Darling am Mittwoch.

Es gehe auch keineswegs darum, die Kontrolle über die britischen Großbanken zu übernehmen, wie Darling eilig betonte. „Wir reden nicht darüber, die Banken in Zukunft selbst zu betreiben“, so der britische Finanzminister. Premierminister Gordon Brown rechtfertigte den seiner Ansicht nach „radikalen Eingriff“ damit, dass die Regierung eben mehr tun musste, als den Märkten bloß mehr Liquidität bereitzustellen.

Einige der großen britischen Banken hätten allein in den vergangenen Tagen bis zur Hälfte ihres Börsenwertes eingebüßt. Dem staatlichen Rettungspaket gingen bereits hartnäckige Gerüchte über drohende Pleiten in der britischen Hochfinanz voraus. Das nun geschnürte Hilfspaket muss allerdings noch von der EU-Kommission gebilligt werden, woran allerdings nicht gezweifelt wird.

Unterstützung erhält die britische Regierung aus Paris. Die französische Finanzministerin Christine Lagarde geht davon aus, dass die Kapitalspritzen vom Staat die

Stabilität der britischen Finanzinstitutionen erhöhen. Der von Großbritannien eingeschlagene Weg stünde auch im Einklang mit der Doktrin des Pariser Krisengipfels vom vergangenen Wochenende. Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien hatten dabei vereinbart, das Scheitern von führenden Banken unter allen Umständen zu verhindern.

### Italien arbeitet an Rettungsplan

Italien dürfte als nächste große EU-Volkswirtschaft einen Rettungsplan verabschieden. Italiens Finanzminister Giulio Tremonti hatte noch für Mittwochabend Politiker, Banker und Industrielle zu einem Krisengipfel geladen. Dabei sollten die Lage am italienischen Bankenmarkt geklärt sowie nötige Hilfsmaßnahmen besprochen werden. Die Tagung war zu Redaktionsschluss noch im Gange. Vor dem Treffen sickerten allerdings Informationen durch, wonach Italien ein Rettungspaket schnüren wolle, das dem britischen Modell sehr ähnlich sei.

### AUF EINEN BLICK

■ Die Währungsunion bewährt sich in der Krise, meint Bundeskanzler Gusenbauer: Ohne Euro wäre das globale Finanzdesaster für kleine Länder wie Österreich nicht zu bewältigen. Der Kanzler sieht allerdings ebenso wie Vizekanzler Wilhelm Molterer noch Defizite: Europa müsse zu einer einheitlicheren Linie finden, um die Probleme bewältigen zu können.